



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/217 - 25.9.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Die Bilanz von Straßburg	S. 1
Unruhiges Indochina	S. 3
Antwort an von Brentano	S. 4
Ein Jahr nach Reuters Tod	S. 7
Zum Tod Fritz Wildungs	S. 8

---

## Wiedervereinigung - die letzte Sorge

von Fritz Erler M.d.B.

Mit 65 gegen acht Stimmen bei 13 Enthaltungen hat die Beratende Versammlung des Europarates zum Abschluss einer mehrtägigen, inzwischen unterbrochenen, Debatte ihren Beitrag zur Londoner Konferenz geleistet. Die Entschliessung ist selbst vom Standpunkt der EWG-Anhänger mehr als mager. Sie schildert verschiedene Möglichkeiten des militärischen Einbaus der Bundesrepublik in das westliche Alliansystem, ohne sich klar für eine dieser Möglichkeiten auszusprechen. Die Minister in London werden nach diesem Dokument nicht einen deutlichen Klüger sein. Weder werden sie neue Entschlossenheiten, noch den konkreten Willen der Beratenden Versammlung erfahren. Die Versammlung wäre besser beraten gewesen, wenn sie die Formulierung ihrer Meinung zur Lage zurückgestellt hätte, bis ihr die Vorschläge der einzelnen Regierungen wirklich bekannt gewesen wären. So schnell wie manche vielleicht rechnen, werden ja in London nicht gleich fertige Vertragstexte ausgearbeitet.

Was schon die Debatte befürchten liess, hat die angenommene Entschliessung noch deutlicher gemacht: Wiederum wird den militärischen Fragen der Vorrang vor jeder anderen politischen Erwägung eingeräumt. Es wird zwar von der europäischen Zusammenarbeit und sogar von einem Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands an zwei Stellen gesprochen, aber dann nur zu den Einzelheiten der Wiederaufrüstung Westdeutschlands Stellung genommen. Die Ansätze des verdienstvollen Berichtes des Belgiers Bohy mit seiner Darstellung der Ostasienprobleme und der daraus für den Weltfrieden drohenden Gefahr, die von verschiedenen Rednern in der grossen Debatte hervorgehobene Notwendigkeit von Verhandlungen mit dem Ziel des Abbaus der Ost-West-Spannung werden in der Resolution bewusst nicht aufgegriffen. Man hat sich darauf beschränkt, nach dem Scheitern der EWG eine andere Form für die gleiche Politik vorzuschlagen: Für den Einbau der Bundesrepublik Deutschland

in ein westliches Militärsystem, ohne sich zu vergewissern, ob nicht die Wiedervereinigung Deutschlands unter für die europäische und die deutsche Sicherheit notwendigen Bedingungen der erfolgversprechendere Weg ist.

Besonders deutlich wurde das bei der Ablehnung des folgenden Antrages des Belgiere Rolin: "Die Versammlung spricht den Wunsch aus, das die zu ergreifenden Massnahmen die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion, sobald die Umstände es gestatten, mit dem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands, die im Vordergrund der berechtigten deutschen Anliegen bleibt und für die Befestigung des Friedens in Europa unentbehrlich ist, nicht behindern". Mit Ausnahme des Abg. Pfeleiderer stimmten die Vertreter der Bonner Koalition gegen diesen Antrag. Der Abgeordnete Kiesinger versuchte zu beweisen, dass sich dahinter die Gefahr der Neutralisierung Deutschlands verberge. Es wird allmählich Zeit, der Diffamierung jeder anderen als der EWG-Lösung unter der Spitzmarke "Neutralisierung" entgegenzutreten. Man redet von Neutralisierung während man in Wirklichkeit jeden Status angreift, der das wiedervereinte Deutschland anders denn als amerikanischen Truppenübungsplatz will. Wer sich ein vereintes Deutschland aber nur als Glied einer amerikanischen beherrschten Militärallianz vorstellt, der muss zur Kenntnis nehmen, dass dann eben Deutschland friedlich nicht vereint werden kann.

Die zweiwöchige Herbsttagung hat im Verlauf ihrer Debatten die Legende von der Isolierung der deutschen Sozialdemokraten widerlegt. Unter den 21, die nicht für die Entschliessung stimmten, befanden sich Briten, Skandinavier und ein Teil der französischen Sozialisten. In den Reden wurde der Stimmungsumschwung in der britischen Arbeiterpartei sichtbar, die sich mit ihrem jüngsten Vorstandsbeschluss stark an die deutsche Sozialdemokratie angenähert hat und jetzt offensichtlich um eine gemeinsame Plattform in Europa bemüht ist. Der französische Sozialist Moutet erklärte sich ausdrücklich mit den deutschen Sozialdemokraten solidarisch.

Ausser der politischen Debatte und der genannten Entschliessung wurde eine Reihe von Tagesordnungspunkten behandelt, die etwas in den Schatten geraten sind. Der ausgezeichnete Bericht des Sozialdemokraten Monner, dem allgemein zugestimmt wurde, führte zu Beschlüssen über eine Veränderung der Arbeitsweise des Europarates mit dem Ziel, gerade auf den nichtmilitärischen Gebieten zu wirksamerer Tätigkeit zu kommen. Dabei geht es nicht nur um Kleinigkeiten. Die Rationalisierung des Transportwesens, die Lösung der Auswanderungsprobleme, der Abbau der Zollschranken, der Ausbau des Ostwesthandels - alle liegen auf diesem Wege. Aber dann müssen die Beschlüsse auch durchgeführt werden. Die Bundesregierung bekam ihre verdiente Rüge durch einen einstimmigen Beschluss der Versammlung, der diejenigen Länder tadelt, die immer noch nicht die Zuständigkeit der Europäischen Menschenrechts-Kommission für die Entgegennahme von Einzelbeschwerden anerkannt haben. Hier, wo nicht über europäische Mythen und Souveränitätsverzicht geredet, sondern praktisch die Prüfung der Einhaltung der Grundrechte in den Nationalstaaten durch eine überstaatliche Einrichtung garantiert wird, hätten gerade die Deutschen mit gutem Beispiel vorangehen müssen.

Im November tritt die Versammlung erneut zusammen, um die politische Debatte im Lichte der Ergebnisse der Londoner Konferenz fortzuführen. Hoffentlich besinnt man sich in London darauf, dass die weltpolitische Situation mehr fordert als nur den Blick auf an die Leine gelegte westdeutsche Divisionen. Carlo Schmid sprach es aus: Es gilt vor allem, den kalten Krieg zu beenden.

Zusammenbruch in Viet-Nam

G.S. Paris, 22. September

Auch die heftigsten Gegner des französischen Ministerpräsidenten müssen bekennen: Der Abschluß des Waffenstillstandes in Indochina, der in Genf erfolgte, war für Frankreich eine Lebensnotwendigkeit und gehört zu den positivsten Leistungen, die Mendès-France bisher vollbracht hat. Dass es ein "Sieg" war, hatte niemand behauptet. Nun geht es in Indochina, und insbesondere in Viet-Nam, darum, soweit wie möglich zu verhindern, dass aus der teilweisen Niederlage, die die westliche Welt in Genf erlitt, eine Katastrophe wird.

Der neue Ministerpräsident Südvietnams, Ngo Dinh Diem verfügt bei weitem nicht über die Autorität innerhalb der Bevölkerung, die man ihm zugesprochen hatte. Der Wille des Ministerpräsidenten, radikal mit der alten, korrupten Regierungsweise aufzuräumen, ist von den Anhängern des "Kaisers" Bao Dai gebrochen worden, der weiterhin in Cannes ein unbeschwertes Leben führt. Das soziale, wirtschaftliche und politische Reformprogramm des Ministerpräsidenten stößt auf einen ehernen Block von reaktionären Politikern, gewinnstüchtigen Geschäftsmachern und Großgrundbesitzern. Diese wollen ihre Privilegien bewahren und in ihrer Kurzsichtigkeit merken sie nicht, dass sie damit den Boden für einen kommunistischen Sieg bei den Wahlen im nächsten Jahr vorbereiten. Es kommt hinzu, dass die etwa dreihunderttausend Indochinesen aus Nordvietnam, die von der in Genf festgelegten Bestimmung Gebrauch machten, für die Auswanderung nach Südvietnam zu optieren, dort in skandalöser Weise aufgenommen wurden. Sie hausen unter unmenschlichen Bedingungen, niemand kümmert sich um sie. Kein Wunder, dass in den letzten Wochen blutige Demonstrationen erfolgten und zahlreiche Flüchtlinge - zumeist Reisbauern - den Wunsch haben, wieder nach Nordvietnam zurückzukehren.

Die Haltung der französischen Behörden in Südvietnam ist zweideutig. Sie scheinen davon überzeugt zu sein, dass ganz Viet-Nam für die nichtkommunistischen Kräfte verloren ist, und dass es darauf ankommt mit dem Kommunistenchef Ho Chi Minh die bestmöglichen Beziehungen zu unterhalten. Wenn auch gegen diesen Wunsch kaum etwas einzuwenden ist, so erscheint es doch merkwürdig, dass die französischen Behörden in Südvietnam nichts tun, um der kommunistischen Welle einen Deich entgegenzustellen.

25.9.1954

So steht Ngo Dien Diem allein und seine Tage scheinen gezählt zu sein, da auch hier wiederum die französischen Behörden den Eindruck vermitteln, sich weiterhin auf "Kaiser" Bao Dai und jene Kräfte stützen zu wollen, die das Ihre dazu beigetragen haben, dass ein großer Teil Indochinas den Kommunisten in die Hände fiel. So ist in Indochina abermals eine Situation entstanden, in der die dynamischen Kräfte des Kommunismus einer Clique abgekämpfter, korrupter Politiker gegenüberstehen, die für die Bevölkerung Viet-Nams das Symbol des Elends und der Niederlage ist.

Auf diese Weise vervollständigt sich der unbestrittene Sieg, den die Kommunisten in Genf errungen haben und den natürlich die Konferenz umso weniger verhindern konnte als er vorher auf dem Schlachtfeld errungen worden war. Die kommenden Wahlen, im Jahre 1955, werden mit einem vollständigen Sieg des kommunistischen Viet-Minh enden: daran kann heute - wenn nicht entscheidende Änderungen erfolgen - kein Zweifel bestehen. Das ist umso bedenklicher, als ein Sieg für die Kommunisten in Viet-Nam natürlich nicht ohne Auswirkungen in Kambodscha und Laos bleiben kann, wo die Anhänger Ho Chi Minhs bisher über viel geringeren Einfluß verfügten. So wird abermals der Beweis dafür geliefert, dass die Niederlage auf dem Schlachtfeld die Folge der politischen und sozialen Unfähigkeit sein kann, und dass jetzt abermals eine sozialreaktionäre, korrupte Politik dazu beiträgt, den Kommunisten zu neuen Siegen zu verhelfen.

+ + +

Der Führer der Opposition

tt- Die Bundesrepublik ist durch das Wahlergebnis vom 6. September 1953 und durch die Koalitionsbildung der zweiten Regierung Adenauers in eine parlamentarische Situation geraten, die gewisse Parallelen zu dem parlamentarischen Vorbild Großbritanniens noch stärker als bisher schon deutlich gemacht hat. Lag schon im ersten Bundestag das Schwerkraft der parlamentarischen Opposition auf den Schultern der SPD als der von 1949 bis 1953 weitaus größten Oppositionspartei, so verkörpert die SPD seit Beginn der zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages die Opposition an sich.

Schon zu Zeiten des ersten deutschen Bundestages hat der SPD-Pressedienst unter Hinweis auf die auf der Hand liegenden Parallelen zu Großbritannien die besondere parlamentarische und staatspolitische Bedeutung der Stellung des SPD-Vorsitzenden, der zugleich Vorsitzender der Bundestägsfraktion der SPD ist, als des Führers der Opposition herausgestellt. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kennt diese Stellung als parlamentarische und staatspolitische Funktion nicht. Das widerspricht aber nicht der Tatsache, dass die Funktion des Oppositionsführers inzwischen, durch die zeitliche Entwicklung und durch die Macht der Fakten, auch in der Bundesrepublik zu einer Realität der Praxis geworden ist. Das ist festzuhalten und wird als de-facto-Tatbestand auch von keiner Seite ernstlich bestritten. Dieser Tatbestand wird auch noch dadurch unterstrichen und gefestigt, dass ein grundlegender Regierungswechsel nur durch die Ablösung der CDU als der führenden Regierungspartei durch die SPD als der bisherigen Oppositionspartei möglich sein kann.

Die Funktion des Oppositionsführers ist bis heute vor allem auf dem Hintergrund des Gegensatzes in den außenpolitischen Anschauungen, aber auch in Fragen der Innen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik existent geworden. Auch hier haben wir die Parallelen zu Großbritannien deutlich vor uns liegen. Der Oppositionsführer ist auch in der Bundesrepublik d e r Gegenspieler des Bundeskanzlers geworden und als solcher vor der deutschen und Weltöffentlichkeit in Erscheinung und in Tätigkeit getreten und von ihr anerkannt worden. Alle Differenzen der letzten Jahre und Monate spielten sich auf dieser Grundlage ab. Die Gespräche zwischen dem Bundeskanzler und dem Oppositionsführer, die Bereitschaftserklärung der Opposition zu Versuchen, in Gesprächen zwischen dem Kanzler und dem SPD-Vorsitzenden die Möglichkeiten einer gemeinsamen Außenpolitik-Basis zwischen Bundesregierung und Opposition zu finden, diese und ähnliche Vorgänge zeigen und beweisen, dass in der Bundesrepublik mit der unbestrittenen parlamentarisch-politischen Machtposition der SPD als der einzigen Oppositionspartei im Bundestag auch die Position und Funktion des SPD-Vorsitzenden als des Oppositionsführers ein reales Faktum geworden ist.

25.9.1954

Diese Feststellungen sind notwendig geworden, weil der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abg. Dr. v. Brentano, am 24. September in Bonn vor der Presse erklärte, die Bereitschaft des Kanzlers, mit den Parteien zu sprechen, hänge nicht allein vom Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer ab. Es gäbe auch noch andere Gesprächspartner für den Regierungschef.

Dazu muß aber nun doch mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, dass Herr von Brentano die Positionen völlig verschieben will. Wenn der Bundeskanzler mit ihm als dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion oder mit Herrn Dr. Dehler als dem Vorsitzenden der FDP oder mit anderen führenden Politikern der Koalitionsparteien spricht, so ist das eine koalitionsinterne Angelegenheit, die sich insbesondere in außenpolitischen Fragen außerdem als unerheblich für die hier wirklich einsamen Beschlüsse des Kanzlers erwiesen hat. Gerade die Probleme der deutschen Außenpolitik aber sollten in unserer besonderen Lage nicht nur Sache des Kanzlers und seiner Hilfstruppen sein, sondern sie müßten aus der gemeinsamen Arbeit von Regierung und Opposition erwachsen. Gesprächspartner des Bundeskanzlers sind also auf dieser Ebene nicht Herr von Brentano (im Falle der CDU spricht der Kanzler ja im übrigen praktisch mit sich selbst) und nicht Herr Dehler. Der Gesprächspartner des Bundeskanzlers als des Regierungschefs ist der Oppositionsführer, der nicht nur für eine Bundestagsfraktion von 161 Köpfen und nicht nur für die größte deutsche Partei, sondern auch für heute weit mehr als acht Millionen Wähler spricht. Eine Gemeinsamkeit in außenpolitischen Fragen ist nicht gleichbedeutend mit einer internen Abstimmung innerhalb der Koalition, sondern sie erfordert eine gemeinsame Basis von Regierung und Opposition. Wenn man das nicht wahrhaben will, und die Erklärungen des Herrn von Brentano lassen das fast vermuten, dann versucht man, den beklagenswert autoritären Kurs des Bundeskanzlers zu zementieren und die Opposition aus dem politischen Geschehen auszuschalten. Die Gefahren, die in einem solchen Versuch liegen, sind so groß, dass hier rechtzeitig ein Riegel vorgeschoben werden muß.

+

+

+

- 7 -

Zur Erinnerung an einen großen Toten

Vor einem Jahr starb Ernst Reuter. Dass er ein bedeutender Mann war, das wußten seine Freunde schon lange. Vielleicht wußten es auch seine politischen Gegner. Aber sie sagten es nicht. Einige sagten es an der Bahre oder später. Es scheint das Schicksal der großen Sozialdemokraten zu sein, dass sie begraben sein müssen, um so etwas wie die Anerkennung ihrer Gegner zu finden.

Als Politiker, als Mann seiner Partei, als Erster Mann der Stadt Berlin, als Sprecher der Zone, als Verwaltungsfachmann, - wenn Ernst Reuter etwas war, dann war es auf vollkommene Weise.

Der Redner Reuter hatte immer Bedeutsames zu sagen. Aber wenn es ein Thema gab, das wie kein anderes ein Reuter-Thema war, dann war es die deutsche Sehnsucht nach der Wiedervereinigung. Wir bringen heute einen kurzen Ausschnitt aus einer der Reden, die Ernst Reuter kurz vor seinem Tode hielt. Was er da sagt, das gilt auch heute noch:

"Jahrelang hat die Außenpolitik Deutschlands sich in einer angeblichen Realpolitik auf die Aufgabe konzentriert, Papierpläne für kommende Divisionen auszuarbeiten. Die eigentliche politische Arbeit an der Stärkung Berlins, an der Hilfe für die Zonengrenzen, mit dem Ziel, eine überzeugende Antwort nach dem Osten zu geben, ist immer wieder bei allem Lippendienst in der Sache zweitrangig behandelt worden ...

Denjenigen gegenüber, die den Ostblock und seinen Druck als etwas statisches, unabänderliches und unerschütterbares angesehen haben und die aus dieser ihrer im Grunde genommen defaitistischen Einstellung heraus sich in die Zukunft und geographisch in den Westen geflüchtet haben, können wir heute feststellen, dass unsere Überzeugung richtig gewesen ist, wonach es niemals ein gleichleibendes Kräfteverhältnis geben wird, wenn wir Deutsche mit äußerster Anstrengung unsere Möglichkeiten auf unsere Ziele konzentrieren. Der Einfluß der Sowjets ist heute nicht stärker, sondern schwächer geworden. Diese Überzeugung und diese Erkenntnis fängt langsam an, sich herumzusprechen.

Der für uns allein entscheidende Punkt ist die Wiederherstellung einer echten Freiheit in der sowjetischen Zone, erst wenn wir alle uns in ganz Deutschland, auch in der Sowjetzone, frei bewegen können, wenn die Arbeiter in der Sowjetzone ihre Meinung frei sagen können, erst wenn der Weg für freie Wahlen offen sein wird, erst dann haben wir erreicht, worauf es für jeden anständigen Deutschen allein an-

kommen kann. Um Deutschlands Einheit wird uns dann nicht bange sein, die würden wir in 24 Stunden herstellen."

+ + +  
Der Vater der Einheit des Sports

Fritz Wildung, der Führer der deutschen Arbeiter-Sportbewegung vor 1933, ist am 23. September in einem Berliner Krankenhaus im nahezu vollendeten 82. Lebensjahr gestorben.

Was etwa Hans Böckler für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet hat, das war Fritz Wildung für das Gebiet des Sports. Er war der Vorkämpfer der Einheit der Sportbewegung und hatte hervorragenden Anteil an der Überwindung der trennenden ideologischen Schranken, die früher den deutschen Sport in eine Reihe politisch und konfessionell ausgerichteter Organisationen aufgespalten und ihn dadurch gehemmt haben, seine natürliche Kraft des Ausgleichs der Gegensätze zwischen den einzelnen Schichten des Volkes und in internationalem Rahmen zwischen den Völkern in vollem Umfange zur Geltung zu bringen.

Als der gelernte Tischler, der bereits im Dienst der Berliner Arbeiterbewegung stand, 1909 als Redakteur an die Bundeschule des Arbeiter Turn- und Sportbundes in Leipzig berufen wurde, war der Sport von diesem Ziel noch weit entfernt. Die reaktionäre, sozialistenfeindliche Strömung, von der die Deutsche Turnerschaft damals beherrscht war, hatte um die Jahrhundertwende zur Gründung einer selbständigen Arbeiter Turn- und Sportbewegung geführt. Durch sein organisatorisches und schriftstellerisches Wirken hat Fritz Wildung dem Ausbau dieser Organisation unschätzbare Dienste geleistet.

Die Mitarbeit im Reichsbund für Leibesübungen, die ihm von den Nationalsozialisten angeboten wurde, lehnte Fritz Wildung ab. Als aber nach dem Zusammenbruch die Frage der Neugestaltung des Sports auf der Tagesordnung stand, trat er, trotz vorgerücktem Alter, wieder in den Vordergrund. Seinen Vorschlägen gemäß kam der Zusammenschluß aller deutschen Sportverbände zu einem Einheitsverband auf demokratischer Grundlage zustande. Ein Lebensziel von Fritz Wildung war damit erreicht. Anlässlich seines 75. und seines 80. Geburtstages war er Gegenstand vieler Auszeichnungen. Seine großen Verdienste um die deutsche Sportbewegung und insbesondere auch um die öffentlich-rechtliche Förderung der Leibesübungen fanden weithin sichtbare Würdigung durch seine Ernennung zum persönlichen Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees auf Lebenszeit und zum Ehrenmitglied des Deutschen Fußballbundes.

+ + +  
Hellscherei beim NWDR

Am Freitagabend sprach Dr. Adenauer in Offenbach. Er begann seine Rede um 19,11 Uhr.

Um 19,00 Uhr sendet der NWDR Nachrichten. In seiner Sendung am Freitagabend berichtete er über die Offenbacher Rede des Bundeskanzlers über eine Rede also, die noch gar nicht gehalten war.

Es gibt nicht nur fliegende Untertassen in unserer wunderbaren Zeit, es gibt offenbar auch Hellscher im NWDR. Oder sollte es sich vielleicht hier gar nicht um ein Wunder, sondern ganz einfach um ungewöhnlich gute Beziehungen des "unabhängigen" NWDR zum Bundeskanzler handeln?

+ + +  
-----  
Verantwortlich: i.V. Albert Exler